BESCHLUSSVORLAGE V0142/25 öffentlich	Referat	Referat IV
	Amt	Amt für Kinderbetreuung und -bildung
	Kostenstelle (UA)	4071
	Amtsleiter/in	Schmid, Adelinde
	Telefon	3 05-45600
	Telefax	3 05-45609
	E-Mail	kinderbetreuung@ingolstadt.de
Datum	06.03.2025	

Gremium	Sitzung am	Beschlussqualität	Abstimmungs- ergebnis
Jugendhilfeausschuss	03.04.2025	Vorberatung Bekanntgabe	
Ausschuss für Verwaltung, Personal und Recht	08.04.2025	Vorberatung Bekanntgabe	
Stadtrat	10.04.2025	Entscheidung Bekanntgabe	

Beratungsgegenstand

Arbeitsmarktzulage für pädagogisches Personal in Kindertageseinrichtungen
(Referent: Herr Grandmontagne)

Antrag:

Die Ausführungen zur Arbeitsmarktzulage werden bekannt gegeben; die Arbeitsmarktzulage wird nicht verlängert.

gez.

Marc Grandmontagne
Berufsmäßiger Stadtrat

Finanzielle Auswirkungen:

Entstehen Kosten: ja nein

Freiwillige Aufgabe, jedoch mittelbar zur Erfüllung einer Pflichtaufgabe gem. §24 SGB VIII, Rechtsanspruch des Kindes auf Förderung in einer Kindertageseinrichtung und AV BayKiBiG §§ 16,17 personelle Mindestanforderungen in bayerischen Kindertageseinrichtungen.

Kurzvortrag:

1. Beschlusslage:

V0155/22/1: Einführung einer Arbeitsmarktzulage für pädagogische Fach- und Ergänzungskräfte in Kindertageseinrichtungen sowie für pädagogische Fachkräfte in der Mittagsbetreuung im Schulverwaltungsamt.

Die Arbeitsmarktzulage für pädagogisches Personal in Ingolstädter Kindertageseinrichtungen wurde ab 01.09.2022 zur Gewinnung und Sicherung von Fach- und Ergänzungskräften eingeführt und bis 31.08.2025 befristet, um auf eine ggf. geänderte Arbeitsmarktsituation reagieren zu können. Der mit der Arbeitsmarktzulage verbundene Zweck „Deckung des Personalbedarfs“ und „Bindung von qualifizierten Fachkräften“ sollte nach Ablauf des 31.08.2025 überprüft und dem Stadtrat erneut zur Entscheidung vorgelegt werden.

Die Stadt Ingolstadt ist neben der Funktion als Trägerin eigener Einrichtungen auch Trägerin der öffentlichen Jugendhilfe und damit Adressat für Klagen auf und in der Verantwortung für die Erfüllung des Rechtsanspruchs gem. § 24 SGB VIII. Deshalb sind Maßnahmen zur Personalgewinnung und -bindung in allen Kindertageseinrichtungen in der Stadt ein wichtiger Bestandteil zur Erfüllung dieses Anspruchs. Die Stadt Ingolstadt engagiert sich mit vielfältigen Maßnahmen, um ausreichend Personal für diesen Bereich vorhalten zu können. Anlage 1 zeigt die aktuellen Maßnahmen als Übersicht.

2. Entwicklung der Situation in den Kindertageseinrichtungen in Ingolstadt seit Einführung der Arbeitsmarktzulage:

Vor Einführung der Arbeitsmarktzulage 2022 fehlten in der Stadt Ingolstadt (städtische Einrichtungen und freie Träger) insgesamt 49 Fachkräfte und 42 Ergänzungskräfte (Insgesamt 91). Im September 2024 fehlten über alle Einrichtungen hinweg noch 25 Fachkräfte und 25 Ergänzungskräfte (Insgesamt 50). Genauere Angaben dazu finden sich in Anlage 2.

Im Zeitraum zwischen 2022 und 2024 wurden jedoch 108 zusätzliche Krippenplätze (9 Gruppen) und 250 (10 Gruppen) Kindergartenplätze geschaffen. Für jede zusätzliche Kindergarten- oder Krippengruppe wird jeweils mindestens eine Fachkraft und eine Ergänzungskraft benötigt. Dadurch ist der Personalbedarf in den Kindertageseinrichtungen von 2022 bis 2024 grundsätzlich um diese 38 Stellen gestiegen. Trotzdem ist es gelungen, die Anzahl der fehlenden pädagogischen Kräfte in diesem Zeitraum nahezu zu halbieren.

Die Einführung der Arbeitsmarktzulage ist ein wesentlicher Faktor gewesen, um die personelle Situation in den Kindertageseinrichtungen in Ingolstadt zu verbessern. Es besteht auch weiterhin ein hoher Bedarf an Gewinnung und Bindung von pädagogischem Personal für Kindertageseinrichtungen, um den Rechtsanspruch für alle Ingolstädter Kinder sicherstellen zu

können. Neben dem individuellen Anspruch eines jeden Kindes auf Bildung in einer Kindertageseinrichtung sind funktionierende Kindertageseinrichtungen ein wesentlicher Bestandteil für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und damit ein wichtiger Standortfaktor für die Wirtschaft.

Für den Betrieb von Kindertageseinrichtungen und die damit verbundene Förderung durch den Freistaat Bayern gibt es klar definierte Vorgaben zur Qualifikation des Personals und gesetzliche Vorgaben zum Anstellungsschlüssel, die eingehalten werden müssen.

Neben vielen anderen Maßnahmen, die die Stadt Ingolstadt seit Jahren zur Personalgewinnung und -bindung engagiert verfolgt, ist die Arbeitsmarktzulage aus Sicht des Amtes für Kinderbetreuung und -bildung eine der wirksamsten. Sie ist jedoch auch die Maßnahme mit den größten Auswirkungen auf den städtischen Haushalt. Denn die derzeit beschlossene Arbeitsmarktzulage in Form einer Zulage in Höhe von 10 v. H. des Tabellenbetrages der Stufe 2 der jeweiligen Entgeltgruppe steigt bei jeder Tarifierhöhung entsprechend an.

Zulage 10% der Stufe 2 der jeweiligen Entgeltgruppe	2022	2024
Ergänzungskraft S3	275,70 €	311,96 €
Fachkraft S8a	314,25 €	352,63 €
Leitungskraft S16 – S18	388,01 – 413,35 €	430,45 – 457,18 €

Zudem hat sich durch die Steigerung der Betreuungskräfte auch die Anzahl der berechtigten Personen erhöht, so dass sich die Jahressummen folgendermaßen entwickelt haben:

Städtisches Personal 2023: 1,39 Mio. €
 Freie Träger 2023: 2,17 Mio. €
gesamt 2023: 3,56 Mio. €

Städtisches Personal 2024: 1,58 Mio. €
 Freie Träger 2024: 2,56 Mio. €
gesamt 2024: 4,14 Mio. €

3. Übernahme der Kosten für die Arbeitsmarktzulage für das Personal der freien Träger:

Die Stadt Ingolstadt hat sich von Beginn an dafür entschieden, die Arbeitsmarktzulage grundsätzlich für städtisches Personal und Personal der freien Träger zu finanzieren, um keine Anreize für eine Abwanderung des Personals der freien Träger zur Arbeitgeberin Stadt zu geben. Die insgesamt 28 freien Träger betreiben in Ingolstadt derzeit 72 Kindertageseinrichtungen und leisten einen wichtigen Beitrag, um den Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung in Ingolstadt sicherzustellen. Adressaten des Rechtsanspruchs sind sie jedoch nicht, verpflichtet ist die Stadt Ingolstadt. Das AfK hat im Januar 2025 eine Kurz-Abfrage bei den 28 freien Trägern in Ingolstadt durchgeführt, um deren Einschätzung zur Wirkung und zur Fortführung der Arbeitsmarktzulage zu erhalten. Insgesamt haben sich 16 Träger, also etwas mehr die Hälfte aller Träger beteiligt. Auf die Frage, ob sie eine positive Entwicklung bei der Personalgewinnung durch die Arbeitsmarktzulage feststellen konnten, haben 7 Einrichtungen mit ja und 9 mit nein geantwortet. Auf die Frage, ob sie durch den Wegfall der Zulage mit negativen Auswirkungen für die zukünftige Personalgewinnung und aktuelle Personalbindung rechnen, haben sich dagegen 9 mit ja und 7 mit nein geäußert.

4. Fazit:

Beim Amt für Kinderbetreuung und -bildung muss der Fokus über die Trägerinteressen hinaus auch auf der bedarfsgerechten Gesamtversorgung aller Kinder liegen. Deshalb wäre eine Fortführung der Arbeitsmarktzulage in Ingolstadt grundsätzlich erstrebenswert, um die verbesserte Situation in der Kindertagesbetreuung nicht zu gefährden.

Auch die Voraussetzungen, die 2022 zur Einführung der AMZ geführt haben: „Deckung des Personalbedarfs“ und „Bindung von Fachkräften“ sind nach wie vor gegeben.

Das Amt für Kinderbetreuung und -bildung hat weiterhin hohes Interesse pädagogisches Personal zu gewinnen und binden und hat hierfür auch ein alternatives Modell der AMZ geprüft, welches durch einen Pauschalbetrag in Höhe von 200 € brutto je Vollzeitkraft für Fach- und Ergänzungskräfte ausgestaltet wäre. Mit diesem Modell wären die Gesamtkosten für die Maßnahme mit jährlich 2,7 Mio. € ab 2026 insgesamt wesentlich geringer. Darüber hinaus wären die jährlichen Kosten besser planbar, da sie sich nicht durch Tarifsteigerungen jährlich erhöhten.

Im Ergebnis stellt sich jedoch auch ein alternatives Modell der AMZ mit (zusätzlichen) Kosten von jährlich 2,7 Mio. € in der derzeitigen Haushaltslage als finanziell nicht leistbar heraus.